

Unser Plan für ein soziales Hessen

Überall gesund: Kliniken erhalten

Egal ob Stadt oder Land: Hessen braucht gute Gesundheitsversorgung und gute Arbeit in Pflege und Geburtshilfe. Das wollen wir in öffentlicher Hand und mit genug Geld.

Immer mehr Kliniken und Stationen werden in Hessen geschlossen. Allein in der Geburtshilfe wurden in den vergangenen sieben Jahren 25 Prozent der Kapazitäten zugemacht – trotz steigender Geburtenzahlen! Hessen zahlt aus dem Krankenhaus-Strukturfonds Gelder aus, um Kliniken dicht zu machen und vermeintliche Überkapazitäten abzubauen. Dabei gibt es in Hessen nicht einmal eine aktuelle Krankenhausplanung, die die regionalen Bedarfe benennen könnte.

DIE LINKE. Hessen sagt klar: Wir brauchen eine Struktur- und keine Schließungspolitik. **Wir kämpfen für den Erhalt der hessischen Kliniken** wie aktuell in Wolfhagen, für **bessere Arbeitsbedingungen für das Personal**, gegen die immer weiter fortschreitende Ökonomisierung des Gesundheitssystems. Mensch und Medizin müssen in den Mittelpunkt – nicht die Rendite privater Gesundheitskonzerne!

Bezahlbar wohnen: Mietendeckel jetzt

Seit Jahren ist es das gleiche Bild: Die Mieten in Hessens Städten steigen und steigen. Überall fehlt es an bezahlbarem Wohnraum, die Zahl der Sozialwohnungen sinkt und sinkt, für Studierende gibt es viel zu wenig Wohnheimplätze. Viele Menschen werden aus ihren gewohnten Nachbarschaften verdrängt oder müssen einen immer höheren Anteil ihres Einkommens für Miete ausgeben – Geld, das dann anderswo fehlt.

Dieser Zustand ist untragbar! Doch die schwarzgrüne Landesregierung tut viel zu wenig, um Mietenwahnsinn und Verdrängung zu stoppen. Deshalb fordert DIE LINKE ein Sofortprogramm: Zum Schutz der Mieterinnen und Mieter braucht es einen **Hessischen Mietendeckel, der Mieterhöhungen weitgehend verbietet und das Absenken von Mieten ermöglicht**. Gleichzeitig muss die öffentliche Hand mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen: **10.000 Sozialwohnungen und 2.000 Studierendenwohnungen pro Jahr**, dauerhaft sozial gebunden und demokratisch verwaltet.



ÖPNV ausbauen, Nulltarif einführen

Busse und Bahnen in den Ballungsräumen platzen aus allen Nähten. Auf dem Land sind Menschen ohne eigenes Auto vielerorts kaum mobil. Die Fahrpreise steigen derweil Jahr für Jahr – wenn man nicht das Glück hat, etwa Schüler*in, Beamte*r oder Senior*in zu sein. In den Großstädten leiden die Menschen unter Schadstoffen in der Luft, während parkende und fahrende Autos enorm viel Platz verbrauchen. Der Fuß- und Radverkehr darf sich den verbleibenden Rest teilen. Und nicht zuletzt: Der Verkehrssektor hat 38 Prozent Anteil am hessischen CO₂-Ausstoß – mehr als der Stromsektor.

Hessen braucht eine echte Verkehrswende – mit Vorrang für die öffentlichen Verkehrsmittel, für Rad- und Fußverkehr. Für den Klimaschutz, für lebenswerte Städte und für Mobilität und Teilhabe für alle. Kein Mensch sollte auf das Auto angewiesen sein, um seine täglichen Wege zurückzulegen, auch nicht auf dem Land. Dazu müssen die **Fahrpreise sofort gesenkt werden, perspektivisch auf einen Nulltarif für alle**. Dafür braucht es auch einen **erheblichen Ausbau des Nahverkehrs** – das eine geht nicht ohne das andere. Autos müssen Platz in den Städten abgeben, an Rad- und Fußverkehr.

Armut abschaffen: Weg mit Hartz IV

1 050 Euro ist das Mindeste: Wir wollen eine sanktionsfreie Grundsicherung statt Hartz IV, einen Aktionsplan gegen Kinderarmut und eine armutsfeste Grundrente.

Jedes fünfte Kind, jeder fünfte Jugendliche in Hessen ist arm. Auch immer mehr Ältere sind von Armut in Hessen betroffen, insbesondere Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Dass Hartz IV – egal ob mit oder ohne Sanktionierung – nicht vor Armut schützt, ist keine neue Erkenntnis. Mittelhessen gehört inzwischen zu den zwölf Regionen Deutschlands mit der höchsten Armutsgefährdung in ganz Deutschland. Die schwarzgrüne Landesregierung ist vor diesem Hintergrund konzeptionslos und befördert weiter den Ausbau des Niedriglohnssektors, pocht auf die weitere Privatisierung der Renten, will an der Hartz IV-Praxis festhalten.

Für DIE LINKE. Hessen steht fest: Armut ist ein gesellschaftliches Problem und kein individuelles Versagen. Wir wollen, dass sich die Landespolitik vehement und auf allen Ebenen gegen die um sich greifende Armut in Hessen wendet. Staatliches Handeln muss sicherstellen, dass die Teilhabe für alle Menschen unabhängig vom Geldbeutel möglich ist. Das bedeutet eine **funktionierende soziale Absicherung statt Hartz IV bundesweit**, aber auch den **kostengünstigen oder freien Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen** und Angeboten der Daseinsvorsorge.

Mach mit und werde aktiv:

www.die-linke.de/mitmachen

www.die-linke-hessen.de

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HESSEN